

Inhalt

Willkommen in der Demokratie 1/2

Schlechte Arbeitsbedingungen
an Hochschulen

Editorial 2

Braunkohle unter Druck 3

Schulbildung 4/5

Zweiter Anlauf für zeitgemäße
Polizeikennzeichnung 6

Menschenhandel und
(Zwangs-)Prostitution

Kitastreik: Harter Kampf
für ein billiges Ende? 7

Einsatz von Glyphosat verbieten

Hospiz- und Palliativversorgung
verbessern

Innovationstour 8

Termine

Impressum

Willkommen in der Demokratie

Frank Kupfer ruft den Volksaufstand herbei. Ausgerechnet am 17. Juni beschwört er im zeitgeschichtlichen Forum Leipzig den Geist von 1953 herauf, um gegen aktuelle „Rot-Rot-Grüne Bündnisse“ bei sächsischen Wahlen mobil zu machen. Doch nicht die freie Wahl ist in Gefahr, sondern die Machtdominanz der CDU im Freistaat.

Schon seit Wochen und mit viel Schaum vorm Mund wettet Frank Kupfer über die rot-rot-grüne „Einheitsfront gegen die Union“ – egal ob zur Bürgermeisterwahl in Dresden oder zur Landratswahl in Meißen, Mittelsachsen und Bautzen. Doch nun sieht der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion völlig rot: In der Einladung zum Gesprächsforum am 17. Juni droht er: „Vereinnahmt die Linke schon wieder mit rot-rot-grünen Bündnissen die SPD und Grünen, um selbst an die Macht zu kommen?“ Schließlich darf es niemand wagen, den Machtanspruch der CDU im Lande in Frage zu stellen.

Nun ist es bei Wahlen für einzelne Ämter ein durchaus übliches demokratisches Verfahren, dass Parteien gemeinsame Kandidaturen unterstützen und auf jeweils eigene

verzichten. Für Kupfer ist das allerdings „reines Machtstreben“ und ein „Spiel mit dem Feuer“.

Ausgenommen natürlich, die anderen' verzichten zu Gunsten der CDU auf eigene Kandidaturen. Denn als wir Ende 2014 bei der Wahl des Sächsischen Ausländerbeauftragten den CDU-Bewerber nicht unterstützten, sondern mit den Linken eine GRÜNE-Kandidatin für das Amt nominierten, schreckte er nicht einmal davor zurück, uns mit der NPD und ihrer Nominierung eines



Hochschulen: Arbeitsbedingungen wissenschaftlicher Mitarbeiter verschlechtern sich weiter

Die Situation der Beschäftigten an Sachsens Hochschulen hat einen alarmierenden Zustand erreicht, wie Anfragen von Dr. Claudia Maicher, hochschulpolitische Sprecherin der GRÜNEN-Fraktion, zeigen.

Der Anteil befristeter beschäftigter wissenschaftlicher Mitarbeiter liegt mittlerweile bei über 92 Prozent. Hinzu kommt, dass Kettenverträge mit Laufzeiten unter sechs Monaten keine Seltenheit mehr sind. 21 Prozent aller befristeten Arbeitsverträge enden

bereits spätestens nach einem halben Jahr. Wer Glück hat, bekommt dann den nächsten Vertrag. Über 2.000 Mitarbeiter haben zwischen sechs und zwanzig vorangegangene Arbeitsverträge vorzuweisen. Planbarkeit von Karrieren sieht anders aus.

Derart schlechte Arbeitsbedingungen kann sich der Hochschulstandort Sachsen nicht leisten. Die Fraktion wird sich dafür einsetzen, dass diese Zustände endlich ein Ende finden.

Weitere Informationen

Kleine Anfrage „Wissenschaftlicher Nachwuchs“ (Drs. 6/1040)

➔ <http://gruenlink.de/ysk>

Kleine Anfrage „Umsetzung Wissenschaftszeitvertragsgesetz an Hochschulen und staatlichen Forschungseinrichtungen“ (Drs. 6/1039)

➔ <http://gruenlink.de/ysl>

Liebe Leserin, lieber Leser,

wenn schon der Fraktionsvorsitzende der CDU im Sächsischen Landtag „Demokratie manchmal nur schwer ertragen“ kann, müssen wir uns über die X-gida-Bürger nicht mehr wundern. Politische Bildung sollte in Sachsen ganz dringend an der Spitze ansetzen. Schließlich heißt Demokratie Wettstreit um beste Positionen und das Erringen von Mehrheiten dafür. Das musste die CDU als Staatspartei nie üben. Hier kommen etliche Menschen offenbar nicht damit zurecht, dass andere auch Ideen haben und der CDU nicht blind folgen wollen. Anstatt den Wettkampf anzunehmen, werden sie jedoch von der CDU-Spitze diffamiert. Über mangelnden Respekt vor anderen Meinungen als der eigenen und ein schlechtes gesellschaftliches Klima brauchen wir uns da nicht mehr zu wundern.

Wenn es um die Zukunft der Braunkohle in Sachsen geht, vertreten wir leider im Parlament eine Minderheitenmeinung. Wir hätten uns gefreut, wenn Bundeswirt-

schaftsminister Sigmar Gabriel die Klimaschutzabgabe durchgesetzt hätte. Sie wäre erstens endlich der Einstieg in einen geordneten Ausstieg aus der Braunkohle gewesen. Zweitens hätte sie geholfen, den Überkapazitäten auf dem Strommarkt Herr zu werden, unter geringer Belastung des Steuerzahlers. Der jetzt auf dem Tisch liegende Vorschlag der Braunkohlegewerkschaft IG BCE läuft auf weniger CO₂-Einsparungen und deutlich höhere Kosten für die Steuerzahler hinaus.

Die CDU-SPD-Koalition hofft, nach diesem Modell um eine Schließung von Kraftwerksblöcken herum zu kommen und damit den Strukturwandel in den sächsischen Braunkohlegebieten nicht anfassen zu müssen. Die nationalen Klimaschutzziele und die Dynamik auf dem Energiemarkt sprechen eine andere Sprache. Um nicht am Ende von den Marktentwicklungen kalt erwischt zu werden, täte die Regierung gut daran, über Ausstiegsszenarien nachzudenken. Doch bei ihrer Braunkohlehörigkeit traut sie sich nicht einmal das.



Foto: Simanowski

Auch wenn es Neuerungen in Sachsen schwer haben, sich durchzusetzen, gibt es den berühmten Erfindergeist nach wie vor. Der Fraktionsvorsitzende Volkmar Zschocke hat sich mit den anderen GRÜNEN-Abgeordneten auf die Suche nach Innovationen begeben und ist in vielen Bereichen – Wirtschaft, Ökologie, Soziales – fündig geworden. Auf seiner Innovationstour hat er erfinderische Menschen und ihre Projekte besucht.

Anne Vetter, stellv. Pressesprecherin
anne.vetter@slt.sachsen.de

„Rückführungsbeauftragten“ auf eine Stufe zu stellen.

Die heftigen Kupferschen Ausbrüche entstehen aus einem Gemisch vordemokratischer, autoritärer Vorstellungen von Staatsführung, einer kräftigen Portion leidenschaftlichem Antikommunismus und purer Angst vor Machtverlust. Doch warum hat sich dieses Gemisch so entwickelt?

Alle Landratsämter sind seit Jahrzehnten von der CDU besetzt. Demokratische Mitsprache oder Kritik ist unerwünscht, andere politische Meinungen werden diffamiert. Die Einheit von Staat und Partei lebt in den sächsischen Landkreisen seit 25 Jahren unverbrüchlich fort. Kupfers Angst, Linke, SPD und Grüne würden künftig mit strategischen Absprachen Landtagswahlkreise unter sich aufteilen, ist mehr als verräterisch: Denn es war das CDU-geführte Kabinett, das seine Macht missbrauchte, um Wahlkreise in Oppositionshochburgen vor der Landtagswahl zum Vorteil der CDU zuzuschneiden.

Nachdem die Thüringer eine rot-rot-grüne Mehrheit in den Landtag wählten, bekannte Herr Kupfer ohne Umschweife,

dass er Demokratie nur schwer ertragen kann. Viele seiner Parteifreunde haben da geklatscht. Auch sie empfinden Demokratie als Belastung. Und mit der offen zur Schau getragenen Feindschaft zur „SED-Nachfolgepartei“ versucht nicht nur Frank Kupfer regelmäßig von der eigenen Vergangenheit in der gleichgeschalteten, systemtragenden DDR-CDU abzulenken. Zu verwoben waren viele der älteren Amts- und Mandatsträger der CDU mit dem Unrechtssystem DDR. Anstatt glaubwürdig zur eigenen Geschichte zu stehen, trifft man sich lieber zum kräftigen Haudrauf auf alle Linke, selbst wenn die erst Jahre nach dem Mauerfall das Licht der Welt erblickten.

Die nach dem Mauerfall wiedergegründete sächsische SPD regiert nun zum zweiten Mal mit der alten Staatspartei CDU. Wer damit Hoffnung auf weniger CDU-Dominanz und mehr demokratische Kultur verbindet, sollte nicht zu viel erwarten. Denn für die Sozialdemokraten im Landtag scheint Koalitionsdisziplin über allem zu stehen, selbst wenn sie Schaden dabei nehmen. Es wäre zum Beispiel ohne Not möglich gewesen, die völlig maßlosen und öffentlich massiv

kritisierten Ausstattungs- und Rentenprivilegien für sächsische Abgeordnete nicht mit Koalitionsgewalt durchzudrücken, sondern gemeinsam mit der Opposition eine angemessene und in der Bevölkerung vermittelbare Lösung auszuhandeln. Stattdessen hat es die SPD nun mit zu verantworten, dass die Arbeit der Landtagsabgeordneten noch mehr durch Politiker-Verdrossenheit erschwert und belastet wird. Ihr Einknicken vor der CDU hat einen hohen Preis: Denn die neuen Regeln belasten nicht nur den Haushalt, sondern das in Sachsen sowieso unterentwickelte Vertrauen in demokratische Verfahren.

Die Machtdominanz einer einzelnen Partei in Regierung und Verwaltung tut Sachsen nicht gut. Staat und Gemeinwesen könnten mit Menschen aus unterschiedlichen Gruppierungen besser geführt werden: Zuhören statt Besserwisseri, konstruktiv streiten, gemeinsam nach Lösungen suchen, Bürgerinnen und Bürger aktiv einbeziehen, Mitbestimmung fördern. All das ist aufwändiger, aber für das Zusammenleben in Sachsen förderlicher. Willkommen in der Demokratie.

Braunkohle unter Druck

„Sachsen opfert keine Arbeitsplätze für Klimaschutzziele“. Dieses aktuelle Zitat von Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) fasst zusammen, wie hoffnungslos sich die sächsische Staatsregierung in ihrer Kohlestrategie verrannt hat. Auf der einen Seite tut sie so, als hätte es der Freistaat allein in der Hand, Arbeitsplätze in der Braunkohle dauerhaft zu garantieren. Zum anderen nimmt sie Klimaschutz vor allem als Bedrohung und nicht als Chance wahr.

Jeder weitere Monat Realitätsverweigerung schadet dem Freistaat, da die Debatte um die Kohle national und international zunehmend an Dynamik gewinnt. Eine Ära geht zu Ende. Wer zu spät reagiert, den strafen der Markt und das veränderte Problembewusstsein von Kunden und Investoren.

Die nationalen Rahmenbedingungen für die sächsische Energie- und Klimapolitik sind im Wandel. Die Bundesregierung muss handeln. Zum einen ist das nationale Klimaschutzziel bis 2020 ohne Änderungen im Energiebereich nicht zu schaffen. Zum anderen setzen Überkapazitäten schmutziger Kohlekraftwerke den Strommarkt unter Druck und verhindern jene Preissignale, die für Investitionen in Energiewende-taugliche Regel-, Reserve- und Speicherkapazitäten erforderlich sind. Die Kohlekraftwerke stehen nicht nur der Energiewende im Weg, sie

werden zur unmittelbaren Bedrohung für die Versorgungssicherheit von morgen.

In dieser Situation schlug das Bundeswirtschaftsministerium eine Klimaschutzabgabe vor, die gezielt die ältesten Kohlekraftwerksblöcke belastet. Zwei Ziele sollen damit erreicht werden: eine rasche CO₂-Einsparung und eine Notreparatur des Strommarktes.

Horrorszenario Klimaschutzabgabe – Tod ganzer Regionen?

In Sachsens Großkraftwerken würde dies die beiden ältesten von insgesamt vier Blöcken des Kraftwerks Boxberg treffen. Ist das tatsächlich der Untergang der Region, wie ihn die Bergbaugewerkschaft IG BCE als Horrorszenario an die Wand malt? Hinter deren Transparenten versammeln sich inzwischen neben Wirtschaftsminister Martin Dulig (SPD) auch sächsische CDU-Politiker zur Gewerkschaftsdemonstration gegen den Vizekanzler der eigenen Koalition.

Weil die Staatsregierung der Braunkohle eine entscheidende Bedeutung für ganze Regionen in Sachsen zuschreibt, haben wir sie nach ihren Prognosen zur künftigen Beschäftigungsentwicklung mit und ohne Klimaschutzabgabe gefragt. Die Antwort von Wirtschaftsminister Dulig hat uns wirklich verblüfft: Die Staatsregierung hat die Beschäftigungsentwicklung nie

geprüft, sie bezieht sich ausschließlich auf eine Studie der Bergbaugewerkschaft. Bei dieser Datengrundlage stellt sich die Frage, ob es noch um die Suche nach dem bestmöglichen Weg für eine zukunftssichere sächsische Energiewirtschaft geht? Oder darum, eigene Vorfestlegungen zu begründen und jeden Strohalm zu ergreifen, der dies bei oberflächlicher Betrachtung zu leisten scheint? Die IG BCE-Studie ist schon im Ansatz so grob vereinfachend, dass ihre Ergebnisse nur einem Ziel dienen können: Bereitstellung einer scheinbar objektiven Rechtfertigung für das Spiel mit Angst und Unsicherheit.

Tatsächlich verbessert ein Abbau von Überkapazitäten die Wirtschaftlichkeit des verbleibenden Kraftwerksparks. Er dient damit auch der Existenzsicherung bestehender Jobs in der konventionellen Energiewirtschaft, die bei einem „weiter so!“ in ihrer Gesamtheit vom Ruin bedroht wären. Deshalb unterstützt nicht nur EnBW (Braunkohlekraftwerksbetreiber in Sachsen) den Gabriel-Vorschlag, sondern auch ein breites Bündnis kommunaler Versorger.

Weitere Informationen

Kleine Anfrage „Arbeitsplatzeffekte in Sachsen durch Klimaschutzabgabe“ (Drs. 6/1400)

<http://gruenlink.de/yxu>

Wer sind die potentiellen Vattenfall-Nachfolger EPH und CEZ?

Die Staatsregierung sucht derzeit einen Käufer für die Tagebaue und Kraftwerke von Vattenfall. Zwei Anwärter sind die tschechischen Unternehmen EPH und CEZ, wobei die Investmentgesellschaft EPH ein verschlungenes Beteiligungskonstrukt mit Sitz in Zypern ist. Ihre deutsche Tochter MIBRAG hat in letzter Zeit ein neues Geschäftsmodell ausprobiert. Sie transportiert Braunkohle aus Mitteldeutschland, auch aus dem sächsischen Tagebau Vereinigtes Schleenhain, ins niedersächsische Kraftwerk Buschhaus und die tschechischen Kraftwerke Opatovice und Most-Komorany. Die Kohle hat einen extrem hohen Quecksilbergehalt. Obwohl das tschechische Kraftwerk Opatovice erst 2016 mit Rückhaltetechnik für Quecksilber ausgerüstet wird, liefert die MIBRAG weiter. Auch in Lippendorf und

Schkopau erfolgen erst jetzt Nachrüstungen zur weiteren Quecksilber-Reduzierung, da in Deutschland ab 2019 deutlich strengere Grenzwerte gelten.

Schon heute ist klar, dass die Kohle unter dem vor wenigen Jahren abgebagerten Heuersdorf nicht mehr für das nahe Großkraftwerk gebraucht wird. Nur durch Ferntransporte und Exporte lassen sich die Absatzmengen halbwegs konstant halten. Trotz mangelnder energiepolitischer Notwendigkeit hält Staatsminister Martin Dulig an der Zwangsumsiedlung von Menschen und der Zerstörung weiterer Dörfer fest, da es der „Versorgung des europäischen Marktes mit Rohstoffen“ und damit dem Gemeinwohl diene. Die Zerstörung von Heuersdorf wurde noch mit der Versorgungssicherung des nahen Kraftwerks Lippendorf begründet.

Wir bleiben dran und arbeiten dafür mit den Fraktionen aus Brandenburg und Sachsen-Anhalt sowie Bürgerinitiativen zusammen. Einen Teilerfolg gibt es: 2016 ist Schluss mit den Braunkohle-Exporten. Begründet wird dies von EPH Tschechien mit dem starken Protest aus Deutschland.

Kleine Anfragen

„Quecksilbergehalt der sächsischen Braunkohle“ (Drs. 6/835)

<http://gruenlink.de/ytv>

„Tagebaue Vereinigtes Schleenhain und Kraftwerk Lippendorf – Quecksilberfrachten und Emissionsdaten“ (Drs. 6/1098)

<http://gruenlink.de/yty>

„Energiepolitische Gespräche über die Zukunft der Braunkohle“ (Drs. 6/834)

<http://gruenlink.de/ytx>

Gesetzentwurf über Schulen in freier Trägerschaft – GRÜNE legen Positionspapier vor

Am 17. April fand im Schulausschuss die öffentliche Anhörung zum Entwurf der Staatsregierung für ein neues Gesetz über Schulen in freier Trägerschaft statt. Das öffentliche Interesse war riesig: Viele hundert Kinder und Erwachsene verfolgten die Stellungnahmen der 15 Sachverständigen im Plenarsaal und den übrigen Landtagsräumen, in denen die Sitzung live übertragen wurde. Die GRÜNE-Fraktion hatte mit Prof. Dr. Friedhelm Hufen von der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz den ehemaligen Prozessbevollmächtigten im erfolgreichen Normenkontrollverfahren als Sachverständigen eingeladen. In einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Petra Zais brachte Prof.

Hufen den Auftrag an die Staatsregierung auf den Punkt: „In Sachsen gibt es das beste Urteil, das deutsche Gerichte je zur Stellung und Finanzierung von Schulen in freier Trägerschaft gefällt haben. Nun gilt es, auch das beste Gesetz daraus zu machen.“

Die GRÜNE-Fraktion hat zum vorliegenden Entwurf klar Stellung bezogen. Dabei fordern wir nicht die Güte und Großzügigkeit der Regierung, sondern die Umsetzung des Urteils vom 15. November 2013 und damit die Einhaltung der Verfassungsgrundsätze. Zentral ist die Verankerung einer echten Gleichberechtigung von Schulen in öffentlicher und in freier Trägerschaft. Lehrerinnen und Lehrer, die an freien

Schulen arbeiten, dürfen nicht systematisch schlechter bezahlt werden als ihre Kolleginnen und Kollegen an staatlichen Schulen. Für uns ist es selbstverständlich, dass die freie Schulwahl gewährleistet bleibt und ein Schulbesuch ohne Schulgeld möglich ist. Deshalb wollen wir, dass freie Schulen einen finanziellen Ausgleich erhalten, wenn sie auf Schulgeld verzichten. Die Befugnisse der Schulaufsicht gehen aus unserer Sicht zu weit, bei den Mitwirkungsrechten von Schülerinnen, Schülern und Eltern hingegen vergibt das Gesetz Chancen. Schulen, die im Schuljahr 2014/15 das verfassungswidrige 4. Jahr der Wartefrist durchlaufen, müssen rückwirkend finanziell entlastet werden.

Im Juni soll das Gesetz im Ausschuss, im Juli im Plenum verabschiedet werden, damit es planmäßig zum 1. August in Kraft treten kann. Die GRÜNE-Fraktion wird ihren Forderungen mit einem umfangreichen Änderungsantrag Nachdruck verleihen



Weitere Informationen

Positionspapier „Gleichberechtigung von Schulen in öffentlicher und freier Trägerschaft“

➔ <http://gruenlink.de/ycx>

Der „sächsische Weg“ der Inklusion

Auf der Homepage des Kultusministeriums finden sich unter dem Stichwort „Inklusion“ vier Unterpunkte: Grundlagen, Praxisbeispiele, gesammelte Informationen, die vor allem aus Formularen bestehen, und die Definition des „sächsischen Wegs“. Dieser lässt sich auf einen Satz bringen: Inklusion ja, aber bitte „schrittweise und mit Augenmaß“. Diese Formel findet sich auch im Koalitionsvertrag von CDU und SPD. Weiter heißt es dort: „Dazu werden wir den Aktions- und Maßnahmenplan, auch mit Blick auf die Empfehlungen der Expertenkommission, weiterentwickeln.“

Aktions- und Maßnahmenplan – war da nicht mal was? Damals, 2011, wurde der

Antrag aller demokratischen Landtagsfraktionen zur Integration und Inklusion in sächsischen Schulen als „Sternstunde des Parlaments“ gefeiert. Ein halbes Jahr später lag ein fortzuschreibender Aktions- und Maßnahmenplan auf dem Tisch. Ein unabhängiges Expertengremium legte Empfehlungen zur Weiterentwicklung vor. Das war 2012. Seitdem heißt „sächsischer Weg“ vor allem Stillstand.

Anfang Juni 2015 wurde der bisherige Kompass in Zweifel gezogen. Statt einem Aktions- und Maßnahmenplan für den Schulbereich sollen nun ein Landesaktionsplan Inklusion und eine interministerielle Arbeitsgruppe den Weg weisen.

Dabei fehlen weder Expertise noch Handlungsempfehlungen, es hakt an der Umsetzung bekannter Vorschläge. Die Staatsregierung sollte aufpassen, dass „sächsischer Weg“ nicht bald synonym für Rückschritt steht.

Weitere Informationen

Antrag „Schulische Inklusion in Sachsen umsetzen – Fortgeschriebenen Aktions- und Maßnahmenplan vorlegen“ (Drs. 6/1762)

➔ <http://gruenlink.de/z0i>



„Die Bildungsempfehlung sollte den besten Bildungsweg für das Kind aufzeigen, nicht den bequemsten für die Schulaufsicht“

Petra Zais und Prof. Friedhelm Hufen
am 17.04.2015

Bildungspolitikerin Petra Zais über Chancengerechtigkeit in Sachsen

Petra Zais, warum haben Sie die Vergabe von Bildungsempfehlungen zum Thema einer Landtagsanfrage gemacht?

Der „Chancenspiegel 2014“ der Bertelsmann Stiftung hat mich in dem Vorhaben bestärkt, die Vergabe von Bildungsempfehlungen einmal genauer unter die Lupe zu nehmen. Die Untersuchung von 2014 widmete sich schwerpunktmäßig den regionalen Unterschieden in der Chancengerechtigkeit. Und die sind in Sachsen sehr deutlich. Das deckte sich auch mit Rückmeldungen aus sächsischen Schulen und meinen persönlichen Eindrücken.

Lassen sich die Ergebnisse des Chancenspiegels mit der Antwort auf Ihre Anfrage erhärten?

Auf jeden Fall. Die Unterschiede zwischen den Landkreisen, aber auch innerhalb von Städten sind enorm. Für das Schuljahr 2015/16 erhielten in Sachsen 46,5 Prozent der Viertklässler eine Bildungsempfehlung



für das Gymnasium und 52,6 Prozent eine Empfehlung für die Oberschule. In Dresden lag das Verhältnis bei 58,8 zu 40,6 Prozent, im Landkreis Görlitz hingegen war das Verhältnis genau umgekehrt: 40,7 zu 57,4 Prozent. Örtlich schwanken die Quoten für den Besuch des Gymnasiums sogar zwischen 10 und über 90 Prozent! Auffällig sind auch die Unterschiede zwischen den Geschlechtern. In Klasse 6 der Oberschulen beispielsweise erhielten doppelt so viele Mädchen wie Jungen die Empfehlung, den Bildungsweg am Gymnasium fortzusetzen.

Welche Reaktionen gab es auf diese Ergebnisse und wie bewerten Sie sie selbst?

Die Presse hat vielerorts die gesonderten regionalen Auswertungen aufgegriffen und den Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungserfolg beleuchtet. Dabei besteht die Gefahr der Stigmatisierung einzelner Schulen, Schularten oder Stadtteile. Die soziale Herkunft ist sicher Teil der Begründung, greift als alleinige Erklärung aus meiner Sicht aber zu kurz. Auch die Rolle der Schulaufsicht muss hinterfragt werden. Das Schulnetz ist gerade im ländlichen Raum stark ausgedünnt, viele Schulen bangen jedes Jahr aufs Neue, ob sie die gesetzlich vorgeschriebenen Mindestschülerzahlen erreichen. Es gibt einfach zu wenig Kinder, um die Schulen des gegliederten Systems zu „füllen“. Und daran hängen weitere Entscheidungen, etwa zum Personaleinsatz oder zur Organisation des Schülerverkehrs. Mit Blick auf vorhandene Standorte ist die Versuchung groß, die Übergänge auf weiterführende Schulen mit Hilfe der Bildungsempfehlung nachzusteuern. Sicher spielt regional auch die Bewertung von Schularten insgesamt und der Ruf der konkreten Schule eine Rolle.

Was ist aus Sicht der GRÜNEN-Fraktion zu tun?

So komplex die Gründe für die regionalen Unterschiede sind, so komplex sind die Handlungsansätze. Grundsätzlich soll die Bildungsempfehlung den bestmöglichen Bildungsweg für das einzelne Kind aufzeigen. Deshalb muss sie zu einer umfassenden Bildungsberatung für Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern weiterentwickelt werden. Die Fähigkeiten und Interessen der Kinder und Jugendlichen stehen im Mittelpunkt. Die freie Wahl der weiterführenden Schule muss gewährleistet und die individuelle Förderung aller Schülerinnen und Schüler verbessert werden. Damit gehört das Thema Schulentwicklung wieder stärker auf die Agenda. Gemeinschaftsschulen bieten sowohl ein gewinnbringendes pädagogisches Konzept als auch einen Beitrag zum Erhalt von Schulen im ländlichen Raum. Gut bezahlte und hoch motivierte Lehrerinnen und Lehrer, mehr Eigenständigkeit und ein attraktives schulisches Angebot stärken die Schulen. Aber natürlich gibt es das nicht zum Nulltarif!

Weitere Informationen

Kleine Anfrage „Bildungsempfehlungen und Schulwechsel im Freistaat Sachsen“ (Drs. 6/1119)

➔ <http://gruenlink.de/yuf>

Kleine Anfrage „Bildungsabschlüsse in Sachsen – Entwicklung“ (Drs. 6/1712)

➔ <http://gruenlink.de/z3q>

Zusammenstellung einiger Ergebnisse nach Landkreisen, Abschlussarten und Geschlecht

➔ <http://gruenlink.de/z2l>

Zweiter Anlauf für eine zeitgemäße Polizeikennzeichnung in Sachsen

Die GRÜNE-Fraktion hat im Juni zum zweiten Mal eine Gesetzesinitiative zur Polizeikennzeichnung in den Landtag eingebracht. Mit der Änderung des Sächsischen Polizeigesetzes sollen künftig alle Polizeibediensteten ein Namensschild tragen und so für jede/n identifizierbar sein.

Es entspricht unserem Verständnis von moderner Polizei und transparentem staatlichen Handeln, dass Polizeibedienstete Bürgerinnen und Bürgern offen gegenüber treten. Etliche Polizeibedienstete in Sachsen tragen bereits heute ein Namensschild oder stellen sich namentlich vor. Im gesamten anglo-amerikanischen Ausland ist die Kennzeichnung von Polizeibediensteten übliche Praxis. Ein nicht identifizierbarer Polizist ist dort unvorstellbar. In vielen unserer Nachbarländer, etwa in Belgien, Frankreich, Italien, Polen und Tschechien gilt ebenfalls eine Kennzeichnungspflicht. Auch in anderen deutschen Bundesländern ist das Tragen eines Namens- oder Nummernschildes mittlerweile gebräuchlich. So tragen Polizeibedienstete in Berlin, Bremen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Bran-



denburg und Hessen individualisierbare Kennzeichen. In Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Thüringen werden Polizeikennzeichnungen in den nächsten Monaten eingeführt. Sachsen sollte sich ein Beispiel nehmen und den GRÜNEN Gesetzentwurf zumindest als Handlungsgrundlage nutzen.

Bereits jetzt sind sächsische Polizeibeamte verpflichtet, ihren Dienstausweis vorzuzeigen, wenn Betroffene einer polizeilichen Maßnahme dies wünschen. Dieser Aufgabe kommen sie allerdings selten nach. Die Folge ist, dass Polizeibeamte in Sachsen Bürgerinnen und Bürgern insbesondere

bei Großeinsätzen wie Demonstrationen in Uniform und nicht weiter identifizierbar gegenüber treten. Das soll sich ändern.

Auch dem Schutz der Polizeibediensteten werden wir mit dem Gesetzentwurf gerecht. Bei Großeinsätzen wird das Nummernschild durch eine individuell zuordenbare Nummer bzw. Nummern/Buchstabenfolge ersetzt, die gewechselt werden kann. Außerhalb von geschlossenen Einsätzen kann das Namensschild durch eine Nummer ersetzt werden, wenn im Einzelfall erhebliche Nachteile durch das Führen des Namensschildes zu befürchten sind. Bei Gefahr für Leib und Leben darf ganz auf eine Kennzeichnung verzichtet werden.

Weitere Informationen

Gesetzentwurf „Gesetz über die Ausweis- und Kennzeichnungspflicht der Bediensteten der Polizei“ (Drs. 6/1554)

<http://gruenlink.de/yxe>

Menschenhandel, Zwangsprostitution und Prostitution – Staatsregierung hat an Situation in Sachsen kein Interesse

Seit der Verabschiedung des Prostitutionsgesetzes der rot-grünen Bundesregierung im Jahr 2002 gibt es regelmäßig öffentliche Debatten über den Reformbedarf des Gesetzes. Um eine sachliche Auseinandersetzung auch in Sachsen zu ermöglichen, hat die GRÜNE-Landtagsfraktion eine Große Anfrage zum Thema „Menschenhandel, Zwangsprostitution und Prostitution“ eingereicht. Zwei große Themenkomplexe sollten damit näher beleuchtet werden: Menschenhandel (sexuelle Ausbeutung und Ausbeutung der Arbeitskraft) sowie Prostitution.

Die Antworten der Staatsregierung sind ernüchternd. Wahlweise liegen ihr kein Datenmaterial oder keine Erkenntnisse vor.

Zur Einordnung der wenigen Antworten hilft nur ein Blick über die Landesgrenzen.

Die Zahlen von Menschenhandel schwankten in den Jahren 2009 bis 2013 in Sachsen zwischen fünf und 25 Fällen. In Bayern wurden durchschnittlich 29 Täter und in Berlin, das über eine Spezialdienststelle zur

Bekämpfung des Menschenhandels verfügt, sogar 84 Personen überführt. Bei derart eklatanten Unterschieden liegt die Frage nah, ob Sachsen mit mehr Interesse auch mehr Fälle aufdecken würde.

Im Dunkeln tappt die Staatsregierung auch bei den Fragen zur Sexarbeit. In anderen Bundesländern existieren spezielle Beratungsstellen für Prostituierte. In Sachsen beraten überlastete Gesundheitsämter ohne Fachpersonal Prostituierte – allerdings nur zu medizinischen Belangen. Gerade für Menschen, die einen Ausstieg aus der Prostitution und eine neue Lebensperspektive suchen, wäre ein spezielles Beratungsangebot wichtig. Für Sachsen sieht die Staatsregierung jedoch keinen Bedarf für ein solches Angebot.

Nach Auswertung der Großen Anfrage liegt die Vermutung nahe, dass seitens der Staatsregierung ein nicht wissen wollen vorherrscht, um nicht unter Handlungsdruck zu geraten. Wichtig wäre folglich die Informationslage zu verbessern, um Menschen-

handel vorzubeugen. Dazu bedarf es eines intensiveren Austauschs zwischen Polizei und Beratungsstellen. Zweitens zeigen uns Bundesländer wie NRW, Niedersachsen oder Mecklenburg-Vorpommern, dass mit der Einrichtung eines ‚Runden Tisches‘, an dem neben Politikern, kommunalen Spitzenverbänden, Polizei und Beratungsstellen auch Prostituierte sitzen, eine fachliche Kompetenzerweiterung einhergeht sowie praktikable Vorschläge zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Schutz vor Gewalt erarbeitet werden können.

Weitere Informationen

Große Anfrage „Menschenhandel, Zwangsprostitution und Prostitution“ (Drs. 6/1120)

<http://gruenlink.de/yxe>

Kitastreik: Harter Kampf für ein billiges Ende?

Vier Wochen lang kämpften Erzieherinnen und Erzieher in diesem Frühjahr für zehn Prozent mehr Gehalt und Anerkennung ihrer Arbeit. Nach dem Spruch der Schlichtungskommission sollten sie Gehaltssteigerungen von 2 bis 4,5 Prozent bekommen. Während die Kommunen den Vorschlag begrüßen, empfanden ihn die Streikdelegierten der Gewerkschaft Verdi als enttäuschend. Bis Mitte August läuft nun die Mitgliederbefragung, ob der Schlichterspruch angenommen werden soll oder ob neue Streiks ausgerufen werden.

Eltern von Krippen-, Kindergarten- und Hortkindern werden das mit gemischten Gefühlen zur Kenntnis nehmen. Obwohl ein Großteil der Eltern Verständnis für die Forderungen der Erzieherinnen hat, wünschen sie sich, dass es endlich zu einer Einigung zwischen den Tarifparteien kommt. Alle wissen, wie wichtig frühkindliche Bildung ist. Das

Anforderungsprofil für Erzieher entspricht inzwischen dem für Grundschullehrer, die Bezahlung bleibt deutlich dahinter zurück.

Nur für knapp die Hälfte der Entgeltgruppen sollten nach dem Schlichterspruch die Werte angehoben werden; ältere Beschäftigte bekämen mehr Geld als Jüngere. Weder wird so die Attraktivität des Berufs für Einsteiger erhöht noch die Qualifikation belohnt.

Egal, wie es ausgeht, die schlechten Arbeitsbedingungen bleiben ein Problem. In Sachsen ist eine Erzieherin für sechs Krippen- bzw. 13 Kindergartenkinder verantwortlich. In einer Bertelsmann-Studie heißt es: „Die Personalschlüssel für Kitas weichen erheblich von einem kindgerechten und pädagogisch sinnvollen Betreuungsverhältnis ab.“ Hier hat die Staatsregierung zwar Verbesserungen versprochen. Doch diese sind ähnlich homöopathisch dosiert, wie die Vorschläge zur Gehaltssteigerung.

Palliativversorgung: Begleitung schwerkranker Menschen braucht mehr als Lippenbekenntnisse

In den vergangenen Monaten wurde viel über eine gesetzliche Beschränkung von Sterbehilfe diskutiert. Doch um die Angst vor dem Sterben zu verringern, sind eine schmerzlindernde medizinische Versorgung für Sterbende und eine professionelle Sterbebegleitung dringend nötig.

Auch Sachsen muss einen Beitrag dazu leisten, ein Sterben in Würde für alle zu ermöglichen. Deshalb hat die GRÜNE-Fraktion einen entsprechenden Antrag in den Landtag eingebracht. Darin fordern wir einen aktuellen Bericht über die Hospiz- und Palliativversorgung im Freistaat. Wir möchten wissen, ob Versorgungslücken bestehen. Außerdem soll gemeinsam mit Ärzten, Pflegefachkräften, Sozialdienstleistern, Wissenschaftlern und Bildungseinrichtungen die Konzeption zur Hospiz- und Palliativarbeit weiterentwickelt werden. Die letzte Fassung ist von 2007.

Darin wurde geraten, Bereiche wie die Betreuung Schwerstkranker mit Migrationshintergrund auszubauen. Gleiches gilt für Weiterbildung in den Gesundheitsberufen sowie Beratung und Begleitung pflegender Angehöriger. Wir wollen jetzt wissen, was sich in den letzten Jahren getan hat. Zudem gibt es neue Herausforderungen: Die Pallia-



Foto: Africa Studio - Fotolia.com

tivversorgung in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen muss verbessert werden. Mehr Menschen mit Behinderung werden alt und brauchen eine speziell ausgerichtete Pflege. Familien benötigen Unterstützung vor dem Tod eines Angehörigen, aber auch über den Tod hinaus. Nicht zuletzt sind Ehrenamtliche in der Hospizarbeit unersetzlich. Dazu müssen Bildungsangebote im Non-Profit-Bereich ausgebaut und neue Anreize zur Gewinnung von Ehrenamtlichen geschaffen werden.

Weitere Informationen

Antrag „Palliativ- und Hospizversorgung in Sachsen weiterentwickeln“
(Drs. 6/1872)

➔ <http://gruenlink.de/ytt>

Einsatz von Glyphosat verbieten



Französische Gartencenter sollen glyphosathaltige Unkrautvernichter wie „Roundup“ nicht mehr an Privatgärtner verkaufen. Ab 2017 werden Pestizide aus öffentlichen Grünanlagen verbannt, ab 2022 dürfen Privatleute den Unkrautvernichter nicht mehr einsetzen. In Deutschland meint der Gesetzgeber, ohne staatliche Reglementierung die Senkung des Pestizidverbrauchs zu erreichen.

Doch auch hierzulande regt sich Widerstand gegen Glyphosat, eines der weltweit meistverkauften Unkrautvernichtungsmittel. Die hessische Gemeinde Ahnatal verbietet den Einsatz auf verpachteten Flächen, toom-Baumärkte verkaufen das Pflanzenschutzmittel nicht mehr.

Dennoch werden jährlich rund 6.000 Tonnen des Breitbandherbizids über Deutschland ausgeschüttet. Nun streiten Wissenschaftler über die Auswirkungen des Ackergiftes auf die menschliche Gesundheit. Das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) hatte die Aufgabe, für die EU ein Gutachten als Grundlage für die weitere Zulassung des Wirkstoffes zu erstellen. Danach stelle Glyphosat kein unzumutbares Sicherheitsrisiko für Mensch, Tier und Umwelt dar. Zu einem anderen Schluss kam die Internationale Krebsforschungsagentur IARC: sie stuft das Mittel im März als „wahrscheinlich krebserregend für Menschen“ ein.

Setzt sich die Einschätzung des BfR durch, droht Europa die Zulassung des Herbizids für weitere zehn Jahre. Freuen würde dies nicht nur die Hersteller Monsanto, Syngenta, Bayer & Co, sondern auch den Deutschen Bauernverband, der an der Giftspritze freie Hand behalten möchte.

Anders denken die Verbraucherschutzminister der Bundesländer. Auf ihrer Konferenz im Mai fassten sie einen Beschluss, nachdem der Bund Glyphosat verbieten soll. Nur die sächsische Verbraucherschutzministerin Barbara Klepsch (CDU) enthielt sich. Offensichtlich braucht die Staatsregierung Nachhilfe bei den Themen Verbraucher- und Umweltschutz. Die GRÜNE-Fraktion arbeitet deshalb mit der Fraktion Die Linke an einem Antrag, in dem die Fraktionen die weitere Reglementierung des Glyphosateinsatzes fordern. Mittels einer Pestizidabgabe sollen Mehrkosten kompensiert werden, die aufgrund des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln durch belastetes Trinkwasser sowie Schäden an Pflanzen und Tieren entstehen.

Termine

10. Juli Polizeirepression. Polizeikontrolle. Polizeikennzeichnung. Diskussion Leipzig, Pöge-Haus	18 Uhr	9. September Fahradfreundliches Freital?! Diskussion Freital, Technologiezentrum F1	19 Uhr
4.–6. September Tag der Sachsen Fraktion vor Ort Wurzen		3. Oktober Tag der Offenen Tür Fraktion vor Ort Dresden, Sächsischer Landtag	14–18 Uhr

Weitere aktuelle Veranstaltungen sowie genaue Orts- und Programmangaben finden Sie unter: www.gruene-fraktion-sachsen.de/termine

Unterwegs in die Zukunft:

Im Sommer besucht die GRÜNE-Landtagsfraktion innovative Projekte in Sachsen

Sachsen hat den Ruf, zahlreiche kluge Köpfe zu haben und Erfinderland zu sein. Doch Innovationen haben es oft schwer, sich durchzusetzen. Im Zweifel nehmen wir lieber das Althergebrachte. Aber Sachsen braucht dringend Innovationen – für mehr Klimaschutz, bessere Kreislaufwirtschaft, für gemeinsames Lernen, für gutes Zusammenleben in der Gesellschaft, für Gesundheit und Pflege und nicht zuletzt für mehr Demokratie. Stillstand blockiert, Stillstand kann sich Sachsen nicht länger leisten. Innovationen eröffnen neue Perspektiven für Einzelne sowie Zukunftschancen für das ganze Land.

Wir wollen diese Chancen ergründen und für Sachsen nutzen: Von der Stromtankstelle über das erste Integrationshotel in Leipzig, die erste Tagespflege speziell für Frühchen bis hin zum fischfreundlichen Wehr. Im Juni und Juli ist die GRÜNE-Landtagsfraktion unterwegs und informiert sich über verschiedene innovative Ideen vor Ort und hilft, sie bekannter zu machen. Mit den Akteuren besprechen wir, welche Bedingungen sie für ihre Projekte und Innovationen benötigen und wie sie besser



Besuch bei Liofit in Kamenz – spezialisiert auf Akkus für Pedelecs – und in Zwickau

gefördert und unterstützt werden können. Im Landtag machen wir uns dafür stark, dass innovative Ideen optimale Voraussetzungen in Sachsen erhalten.

Die Reise in die Zukunft führt uns von Kamenz durch das Erzgebirge, nach Leipzig, Dresden, Görlitz, Freiberg bis nach Chemnitz. Auf www.gruene-fraktion-sachsen.de berichten wir im Tagebuch über die Chancen, die sich auf der Reise in die Zukunft eröffnen.

Publikationen



Bestellen

Das Faltblatt „Gleiche Chancen überall? Frauen in Kunst und Kultur“ sowie weitere Materialien können per E-Mail bestellt werden über: publikationen@gruene-fraktion-sachsen.de

Impressum

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Telefon: 0351/493 48 00
Telefax: 0351/493 48 09
E-Mail: gruene-fraktion@slt.sachsen.de

Redaktion: Anne Vetter (V.i.S.d.P.),
Grit Ebert, Andreas Jahnel